

10.07.2017

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Beispielloses Ausmaß linksextremer Gewalt beim G20-Gipfel in Hamburg erschüttert ganz Deutschland – Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Nordrhein-Westfalen?

Der G20-Gipfel in Hamburg wurde am vergangenen Wochenende von massiven Gewaltexzessen überschattet. Geplünderte Geschäfte, unzählige ausgebrannte Autowracks und zerstörte Gehwege – vielerorts kam es in der Hansestadt während des Gipfeltreffens zu fast schon bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Tausende Linksextreme aus Deutschland und offenbar auch aus dem Ausland verwandelten insbesondere das Hamburger Schanzenviertel in ein Schlachtfeld. Vor allem auf Polizisten hatten es die linken Gewalttäter immer wieder abgesehen.

Bereits am Donnerstagabend war eine Großdemonstration Linksautonomer unter dem Motto „Welcome to Hell“ eskaliert. Etwa eintausend Vermummte hatten sich nach Angaben der Polizei unter die Demonstranten gemischt. Die Polizei stoppte den Aufzug daraufhin kurz nach dem Start und trieb die Menge auseinander. Aus den Reihen der Demonstranten flogen sodann Flaschen und Feuerwerkskörper in Richtung der Polizei. In der anschließenden Nacht kam es immer wieder zu teils heftigen Auseinandersetzungen. Militante Linksextremisten zerstörten zahlreiche Schaufenster, demolierten Bankautomaten und setzten Fahrzeuge in Brand.

In der Nacht zu Samstag eskalierte die Lage im Schanzenviertel erneut. Einsatzkräfte wurden von rund 1.500 linken Randalierern mit Steinen und Flaschen beworfen. Auch wurden Polizisten mit Stahlkugeln aus Zwillen beschossen. Etwa 500 Autonome plünderten laut Polizeiangaben einen Supermarkt und setzten ihn anschließend in Brand. Geplante Hinterhalte durch Angriffe auf Polizisten von Hausdächern aus verschärften die Einsatzlage dramatisch. Da die vor Ort befindlichen Einheiten aufgrund massiver Eigengefährdung keine Eingriffsmöglichkeiten hatten, mussten Spezialeinsatzkräfte hinzugezogen werden, denen es erst in den frühen Morgenstunden gelang, die Kontrolle zurückzugewinnen.

Datum des Originals: 10.07.2017/Ausgegeben: 10.07.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Am Samstagnachmittag kam es erneut zu Übergriffen auf Polizisten durch den so genannten „Schwarzen Block“. Eine etwa 120 Personen umfassende Gruppe Vermummter, die sich unter den Aufzug „G20 - not welcome“ gemischt hatte, attackierte die Beamten nach Polizeiangaben mit massiven Tritten sowie Schlägen mit Fahnenstangen.

Nach Angaben der Hamburger Polizei vom Sonntagnachmittag sind bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen rund um den G20-Gipfel insgesamt 476 Polizeikräfte verletzt worden. Laut Einsatzleiter Hartmut Dudde seien darunter auch Verletzungen durch Gesichtstreffer mit Pyrotechnik. Außerdem seien im Zusammenhang mit dem G20-Einsatz seit dem 22. Juni insgesamt 186 Personen vorläufig festgenommen und 225 Personen in Gewahrsam genommen worden.

Das Ausmaß linksextremistischer Gewalt, das sich während des G20-Gipfels in Hamburg gezeigt hat, ist in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellos und hat bundesweit für Fassungslosigkeit und Empörung gesorgt. Wie WDR-Online am 09.07.2017 meldete, unterstützte Nordrhein-Westfalen den Gipfel mit mehr als 2.200 Polizeibeamten sowie über 200 Feuerwehrleuten, Unfallhelfern und Katastrophenschützern. Drei Angehörige der Polizei Nordrhein-Westfalen seien bei dem Einsatz verletzt worden. In der Hansestadt kamen aber vor allem auch viele Antifa-Gruppen oder andere linke Initiativen aus Nordrhein-Westfalen zusammen, die laut WDR-Meldung vom 04.07.2017 mit Bussen und einem Sonderzug ihre Anreise planten. Aus dem Bericht wird deutlich, dass diese Gruppen und Initiativen im Vorfeld genaue Planungen vorgenommen haben, wie ihr Protest organisiert werden soll. Beispielsweise seien Blockadetrainings angeboten worden.

Vor diesem Hintergrund besteht ein dringendes öffentliches und parlamentarisches Interesse daran, dass der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die Konsequenzen dieser skandalösen Vorgänge für das Land Nordrhein-Westfalen berät.

Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche

und Fraktion